

Beobachtungsbericht zur 1. Bürgerversammlung des permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Rebecca Gebauer, Christoph Niessen, Min Reuchamps

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Ablauf der Bürgerversammlung	1
2	Beobachtungsmethodik	1
3	Profil der Teilnehmer	2
4	Bewertung des Dialogs & Der Bürgerversammlung durch die Teilnehmer	3
4.1	Bewertung der Bürgerversammlung	3
4.2	Qualität der Deliberation	5
5	Auswirkungen des Dialogs auf die Teilnehmer	7
5.1	Veränderung persönlicher Attitüden	7
5.2	Einfluss der Coronakrise	13
6	Wissenschaftliche Beobachtung der Bürgerversammlung	14
7	Empfehlungen und Schlussfolgerungen	20
8	Literaturverzeichnis	24

1 EINLEITUNG UND ABLAUF DER BÜRGERVERSAMMLUNG

Die erste Bürgerversammlung des permanent Bürgerdialogs der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat im Zeitraum März 2020 – September 2020 stattgefunden. Die Themenwahl und die generelle Organisation der Bürgerversammlung obliegt dem Bürgerrat, dem dauerhaften Gremium des Bürgerdialogs. Aus von Bürgern Ostbelgiens eingereichten und mit mindestens 100 Unterschriften unterstützten Themenvorschlägen hat der Bürgerrat das Thema „*Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?*“ ausgesucht. Bei der Organisation der Themenauswahl und der Bürgerversammlung wird der Bürgerrat von einem ständigen Sekretariat unterstützt.

Die Auslosung der Teilnehmer für den Bürgerdialog hat im Dezember 2019 stattgefunden. Zunächst sind drei Sitzungen und drei Samstagen im Abstand von zwei Wochen im Zeitraum vom 07.03.2020 bis 04.04.2020 anberaumt worden; mit zwei Sitzungen in Eupen im Norden der DG und einer Sitzung in Bütgenbach im Süden. Die Coronapandemie hat diese Planung jedoch verschoben, so dass nach dem ersten Treffen am 07.03.2020 eine lange Unterbrechung gefolgt ist. Die Bürgerversammlung hat erst am 05.09.2020 die Arbeit unter strikten Corona-Auflagen wieder aufnehmen können. Im September 2020 haben drei Sitzungen im Abstand von jeweils einer Woche stattgefunden, mit einer Sitzung in Bütgenbach und zwei Sitzungen in Eupen. Nach der zweiten Sitzung hat sich auf Rat des Moderators hin eine Redaktionsgruppe gebildet, die einen ersten Entwurf der Empfehlungen zur weiteren Diskussion in der dritten Sitzung erstellt hat. Die letzte Sitzung am 19.09.2020 hat mit der Übergabe der Empfehlungen der Bürgerversammlung und die Politiker des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft geendet.

Die allgemeine Organisation der Bürgerversammlung haben die ständige Sekretärin des Bürgerdialogs, Frau Anna Stuers und Frau Myriam Pelzer, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments, übernommen. In allen vier Sitzungen ist Herr Martin Enderle von der Firma IKU der Moderator gewesen.

2 BEOBSACHTUNGSMETHODIK

Die Beobachtungen dieses Berichts basieren auf zwei verschiedenen Grundlagen.

1. Datenerhebung bei den Sitzungen 1-3

Zu Beginn der Sitzungen 1-3 sind alle anwesenden Teilnehmer gebeten worden, einen Fragebogen zu ihren generellen Ansichten zu Demokratie und Bürgerbeteiligung auszufüllen. Zusätzlich beinhalteten die Fragebögen für den jeweiligen Sitzungstag spezifische Fragen, z.B. ist bei der zweiten Sitzung abgefragt worden, ob die Coronapandemie Einfluss auf die Sicht der Teilnehmer zum Thema Pflege hatte.

Das Ausfüllen der Fragebögen war freiwillig. Bei der ersten Sitzung füllten 26/28 Teilnehmer den Bogen aus, bei der zweiten 18/19 und bei der dritten 17/18.

2. Beobachtung aller vier Sitzungen

Bei allen Sitzungen sind Wissenschaftler der Université catholique de Louvain präsent gewesen:

- 1. Sitzung (07.03.2020): Rebecca Gebauer & Min Reuchamps
- 2. Sitzung (05.09.2020): Rebecca Gebauer & Hadrien Macq
- 3. Sitzung (12.09.2020): Rebecca Gebauer & Christoph Niessen
- 4. Sitzung (19.09.2020): Rebecca Gebauer & Maela Guillaume-Le Gal

Zusätzlich zu den direkten Beobachtungen der Bürgerversammlung, wird in diesem Bericht auch auf die Ergebnisse einer Telefonumfrage, die zu Beginn der Bürgerversammlung im März/April 2020 in der Bevölkerung Ostbelgiens durchgeführt wurde.

3 PROFIL DER TEILNEHMER

Die erste Sitzung hat mit 28 Teilnehmern begonnen. Nach der Corona bedingten Pause ist die Teilnehmerzahl unter 20 gefallen (19 bei der zweiten Sitzung, 18 bei der dritten Sitzung). Diese Reduzierung betrifft insbesondere die Altersgruppen 18-34 und 71+. Bei der ersten Sitzung waren beide Altersgruppen mit jeweils 4 Teilnehmern (15.4%) vertreten, ab der zweiten Sitzung sind nur noch zwei Teilnehmer (11%) der Altersgruppe 18-34 und ein Teilnehmer (6%) der Altersgruppe 71+ vertreten. Die Altersgruppen 35-54 und 55-70 sind zu Beginn gleichstark vertreten gewesen (30%), im Verlauf der Sitzungen schwankt die Verteilung dann etwas (Tag 2 28% zu 44%, Tag 3 41% zu 31 %).

Bei allen vier Sitzungen war die Geschlechterverteilung gleichmäßig. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer haben einen Universitätsabschluss oder einen Abschluss im „nichtuniversitären Hochschulwesen“.

Nicht alle Teilnehmer machen in den Fragebögen demographische Angaben (Tag 1 88.2%; Tag 2 78,1%; Tag 3 94,3%), allerdings zeigt die Auswertung, dass der Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und insbesondere die Gemeinde Eupen überrepräsentiert sind. Zwei Drittel der Teilnehmer sind in Belgien geboren, ein Drittel in Deutschland.

Teilnehmer nach Wohnsitz							
Norden (%)	Tag 1	Tag 2	Tag 3	Süden (%)	Tag 1	Tag 2	Tag 3
Eupen	34.6	33.3	41.2	Bütgenbach	-	-	-
Kelmis	11.5	11.2	11.8	Büllingen	3.8	-	5.9
Raeren	11.5	5.6	5.9	Amel	-	5.6	-
Lontzen	11.5	11.2	17.7	Sankt Vith	11.5	5.6	5.9
				Burg Reuland	3.8	5.6	5.9
Total	69.1	61.3	76.6		19.1	16.8	17.7

Bevölkerung in der DG (Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2019)					
Norden (Kanton Eupen)			Süden (Kanton St Vith)		
Lontzen	5695	7.38%	Sankt Vith	9682	12.54%
Raeren	10707	13.87%	Bütgenbach	5605	7.26%

Kelmis	11061	14.33%	Amel	5480	7.10%
Eupen	19526	25.30%	Büllingen	5473	7.09%
	46989	60.88%	Burg-Reuland	3956	5.13%
				30196	39.12%
			Total	77185	100%

4 BEWERTUNG DES DIALOGS & DER BÜRGERVERSAMMLUNG DURCH DIE TEILNEHMER

Die nachfolgende Bewertung der Bürgerversammlung durch ihre Teilnehmer basiert auf den Fragebögen, die an den ersten drei Sitzungstagen ausgefüllt wurden. Die Fragebögen beinhalteten dazu sowohl geschlossene Fragen mit einer vorgegebenen Antwortskala und als auch offenen Fragen.

Der Allgemeine Eindruck der Teilnehmer ist durchweg positiv. Sie haben keine gravierenden Kritikpunkte, allerdings wird die Auswahl an Experten und der Zeitdruck wiederholt hervorgehoben. Nachfolgend die Bewertung im Detail.

4.1 BEWERTUNG DER BÜRGERVERSAMMLUNG

Die Teilnehmer treten die Bürgerversammlung mit einer bemerkenswert positiven Einstellung an. Als Motivation für ihre Teilnahme geben sie „Interesse am Experiment“, Neugierde, den Willen auf die Politik Einfluss zu nehmen ohne parteipolitisch aktiv zu werden, und sich generell aktiv zu engagieren an.

Bei der ersten Befragung geben 65% an, dass sie den Bürgerdialog bis jetzt *eher positiv* sehen und 19% sehen ihn *sehr positiv*. Jeweils 7% der Teilnehmer machen keine oder eine neutrale Angabe. Kein Teilnehmer hat einen negativen Eindruck als Ausgangspunkt. Die Teilnehmer sind generell Art und Weise, wie die Teilnehmer ausgewählt wurde zufrieden (88%) und loben den unparteiischen Charakter der Versammlung.

Fast ausnahmslos positiv beurteilen die Teilnehmer die Themenwahl (96%) und dass das Thema für sie persönlich wichtig ist. Sie sind sich zudem einig, dass das Thema für die Deutschsprachige Gemeinschaft wichtig ist (100%). Gleichermassen wird die Organisation fast einstimmig (96%) positiv bewertet.

80% der Teilnehmer denken, dass der Bürgerdialog die Demokratie erneuern kann und dass er auch auf nationaler Ebene angewandt werden sollte. 88% denken, dass der Bürgerdialog die Distanz zwischen Bürgern und Politikern verringern kann. Alle Teilnehmer sind bereit, auch in der Zukunft wieder einer Einladung zum Bürgerdialog zu folgen und fast alle (96%) möchten, dass er fortgeführt wird. Allerdings mahnen manche Teilnehmer auch an, dass der Erfolg dieses Projekts von der Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik abhängt und die große Mehrheit der Teilnehmer (96%) will die Empfehlungen in Gesetze umgesetzt sehen.

Am dritten Sitzungstag bewertet keiner der Teilnehmer die Bürgerversammlung mit weniger als 7 Punkten auf einer Skala von 0 (völlig unzufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden). Die Mehrheit der Teilnehmer vergibt 8 Punkte.

Zufriedenheit mit der Bürgerversammlung insgesamt (Skala 0 unzufrieden -10 voll zufrieden)	n	Prozent
7	3	17.6%
8	7	41.2%
9	5	29.4%
10	2	11.8%
Total	17	100.0%

In ihren offenen Kommentaren kritisieren die Teilnehmer, dass relativ wenig junge Teilnehmer involviert sind, dass die Auswahl der Experten nicht ideal ist (siehe unten) und dass die Corona-Beschränkungen den Prozess negativ beeinflussen. Zugleich sehen sie die Bürgerversammlung als tolle Möglichkeit, sich mit anderen Bürgern auszutauschen und schätzen die gute, freundschaftliche Arbeitsatmosphäre und das zwanglose Arbeiten.

Auch die Organisation der Bürgerversammlung wird nicht mit weniger als 7 Punkten bewertet. Die Mehrheit der Teilnehmer vergibt 9 Punkte.

Zufriedenheit mit der Organisation der Bürgerversammlung (Skala 0 unzufrieden -10 voll zufrieden)	n	Prozent
7	1	5.9%
8	4	23.5%
9	8	47.1%
10	4	23.5%
Total	17	100.0%

Die Teilnehmer schätzen die allgemeine Vorgehensweise als ein „gutes System, um ein wichtiges Thema apolitisch vorzubereiten“ und finden, dass die Sitzungen gut durchgeplant und „perfekt“ organisiert sind. Hauptkritikpunkt ist der Zeitdruck, der den Teilnehmern das Gefühl gibt, zu viele Informationen in zu wenig Zeit verarbeiten zu müssen.

Der Moderator wird auch ausnahmslos positiv bewertet und erhält von der Mehrheit 9 Punkte und von niemandem weniger als 7 Punkte. Die Teilnehmer schätzen, dass der Moderator „das Ganze im Auge behielt“ und ihnen geholfen hat ein gezieltes Resultat zu erreichen.

Zufriedenheit mit der Moderation (Skala 0 unzufrieden -10 voll zufrieden)	n	Prozent
7	2	11.8%
8	3	17.6%
9	8	47.1%
10	4	23.5%
Total	17	100.0%

Bei der Bewertung der Auswahl an Experten sind die Teilnehmer zurückhaltender als bei den vorher genannten Punkten. Die Mehrheit bewertet sie mit 7+ Punkten, doch es gibt auch Teilnehmer die weniger Punkte vergeben. Kein Teilnehmer vergibt jedoch weniger als 5 Punkte.

Zufriedenheit mit der Auswahl der Experten (Skala 0 unzufrieden -10 voll zufrieden)	n	Prozent
5	1	5.9%
6	1	5.9%
7	5	29.4%
8	4	23.5%
9	4	23.5%
10	2	11.8%
Total	17	100.0%

In ihren Kommentaren bemängeln die Teilnehmer, dass es zu wenig Diskussion mit Personal „an der Basis“ gab, dass von der Pflege Betroffene zu wenig oder nicht zu Wort kamen, und dass es keine Informationen von den Gesetzesmachern, Finanzreglern, Krankenkassen usw. gab. Die Teilnehmer geben aber auch an, dass die Experten, die zur Verfügung standen, gute Einblicke gaben.

4.2 QUALITÄT DER DELIBERATION

Bei der Bewertung der Diskussionen während der Bürgerversammlung zeigt sich ein gemischteres Bild als bei der allgemeinen Bewertung. 12% der Teilnehmer findet nicht, dass sie während den ersten zwei Sitzungen genug Informationen sammeln konnten, um Empfehlungen zu machen, 29% äußern sich neutral und 69% fühlten sich gut informiert.

<i>Ich habe in der 1. und 2. Sitzung genug Informationen gesammelt um zu dem Thema Pflege Empfehlungen zu machen. (Skala 1 stimme gar nicht zu – 5 stimme voll zu)</i>	n	Prozent
1 stimme gar nicht zu	0	0%
2	2	11.8%
3	5	29.4%
4	7	41.2%
5 stimme voll zu	3	17.6%
Total	17	100.0%

Die Hauptkritikpunkte zu diesem Aspekt sind die Auswahl von Experten und der Zeitdruck.

Zu Beginn der Bürgerversammlung gaben 65% der Teilnehmer an, sich aktiv auf das Thema vorbereitet zu haben, z.B. durch das Lesen der Infomaterialien, Konversationen mit Menschen „vom Fach“ und Angehörigen, Internetrecherche, und persönliche Reflektionen. Es kann sein, dass diese Teilnehmer später zu den 68% gehören die sich am Ende der zweiten Sitzung gut informiert fühlten.

Die große Mehrheit der Teilnehmer gibt an, dass sie sich mit den anderen Teilnehmern der Bürgerversammlung gut austauschen konnten.

<i>Ich konnte mich gut mit den anderen Mitgliedern der Bürgerversammlung austauschen. (Skala 1 stimme gar nicht zu – 5 stimme voll zu)</i>	n	Prozent
1 stimme gar nicht zu	0	0
2	0	0
3	2	11.8%
4	7	41.2%
5 stimme voll zu	8	47.1%
Total	17	100.0%

Die Teilnehmer heben den sehr offenen und guten Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern in ihren Kommentaren hervor. Sie schätzen auch die interessanten Gesprächspartner und konstruktive Zusammenarbeit. Die einzigen Kritikpunkte sind die Corona-Auflagen und dass sich „die Diskussionen teilweise im Kreis drehten“.

Die positive Einschätzung des Verlaufs der Bürgerversammlung und der Diskussionen zeigt sich auch im Vertrauen, dass die Teilnehmer in ihre Fähigkeit gute Empfehlungen zu erarbeiten haben. 94.2% der Teilnehmer denken, dass die Bürgerversammlung gute Empfehlungen abgeben wird.

<i>Ich denke, dass diese Bürgerversammlung gute Empfehlungen erarbeiten wird.</i>	n	Prozent

(Skala 1 stimme gar nicht zu – 5 stimme voll zu)		
1 stimme gar nicht zu	0	0
2	0	0
3	1	5.9%
4	8	47.1%
5 stimme voll zu	8	47.1%
Total	17	100.0%

5 AUSWIRKUNGEN DES DIALOGS AUF DIE TEILNEHMER

Zusammenkünfte wie die Bürgerversammlung (und auch der Bürgerrat) werden in der Fachliteratur allgemein als „Mini-Publics“ bezeichnet (Elstub und Escobar 2019). Studien zeigen, dass der Prozess eines Mini-Public direkten Einfluss auf die Teilnehmer hat; sie sind eher bereit ihre Meinung zu ändern, haben Respekt, Empathie, gute Argumente und das Allgemeinwohl im Fokus, und zeigen mehr Vertrauen in Politiker und Institutionen, da sie den Prozess der politischen Entscheidungsfindung besser verstehen (Harris 2019; Dalton 2008). Anders ausgedrückt, verbessern Mini-Publics das Politikverständnis der Teilnehmer und stärken ihr politisches Interesse Vertrauen in die Demokratie insgesamt (Elstub und Escobar 2019).

Um diesen Effekt, den Mini-Publics auf ihre Teilnehmer haben, in der Bürgerversammlung zu beobachten, enthalten die Fragebögen bei allen drei Sitzungen wiederholt Fragen zu politischen Einstellungen der Teilnehmer.

5.1 VERÄNDERUNG PERSÖNLICHER ATTITÜDEN

Politisches Interesse und Vertrauen in die Demokratie

Die Mehrheit der Teilnehmer geht selbstbewusst in die Bürgerversammlung und schätzt sich selbst als kompetent ein, um am politischen Leben teilzunehmen und die Probleme, die die Gesellschaft konfrontieren, zu verstehen. Auf einer Skala von stimme gar nicht zu (1) bis stimme voll und ganz zu (5) bewerten sich die Teilnehmer von Beginn an mehrheitlich mit 4+ und ihre Bewertung bleibt bei den weiteren Sitzungen konstant. Die Teilnehmer stimmen auch von Anfang an mehrheitlich der Idee zu, dass Durchschnittsbürger fähig sind, an öffentlichen Entscheidungen teilzunehmen und finden, dass wichtige politische Entscheidungen vom Volk statt von Politikern getroffen werden sollten. Allerdings sind die Teilnehmer bei allen Sitzungen eher zurückhaltend in Bezug auf ihre Fähigkeit, eine genauso gute Arbeit zu machen, wie gewählte Politiker und bewerten sich selbst neutral (3 – weder noch).

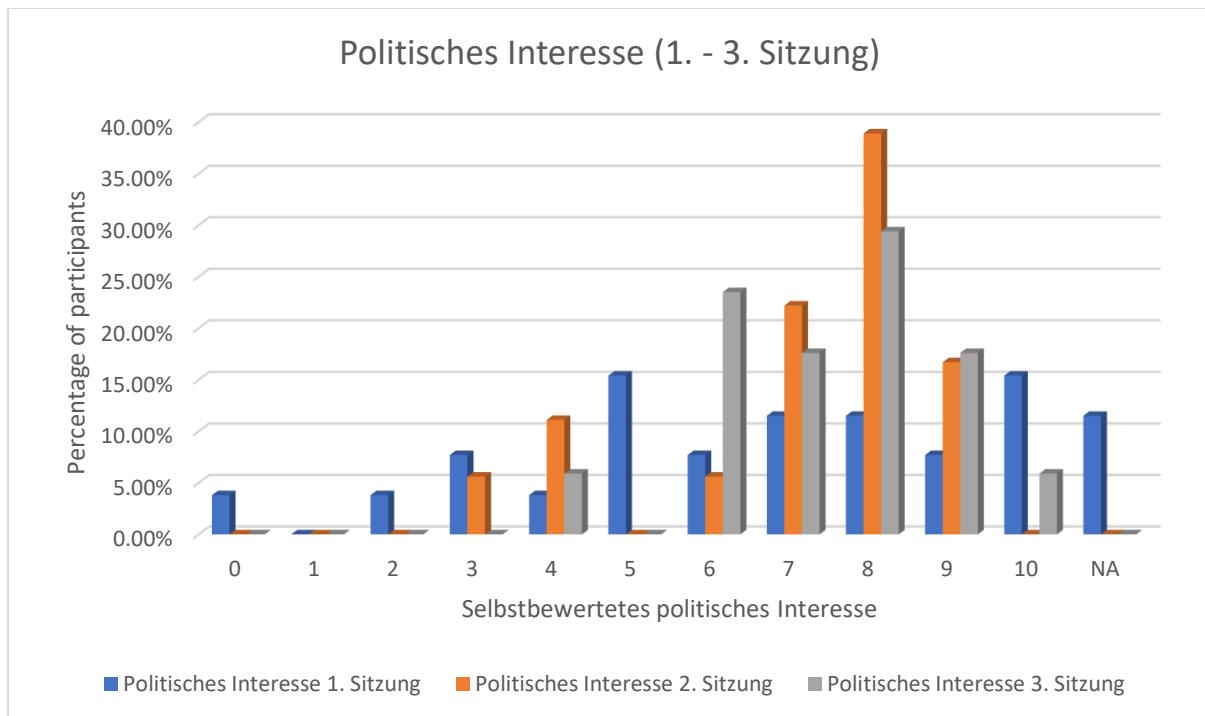
<i>Ich finde, dass ich die Probleme, mit denen unsere Gesellschaft konfrontiert ist, gut verstehe..</i> (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
1. Sitzung	0	11.5	3.8	53.8	30.8	-
2. Sitzung	0	0	16.7	72.2	11.1	-
3. Sitzung	0	0	17.6	70.6	11.8	-

Der Durchschnittsbetrug ist fähig, an öffentlichen Entscheidungen teilzunehmen. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
1. Sitzung	0	19.2	15.4	42.3	19.2	-
2. Sitzung	5.6	16.7	22.2	38.9	16.7	-
3. Sitzung	0	11.8	17.6	70.6	0	-

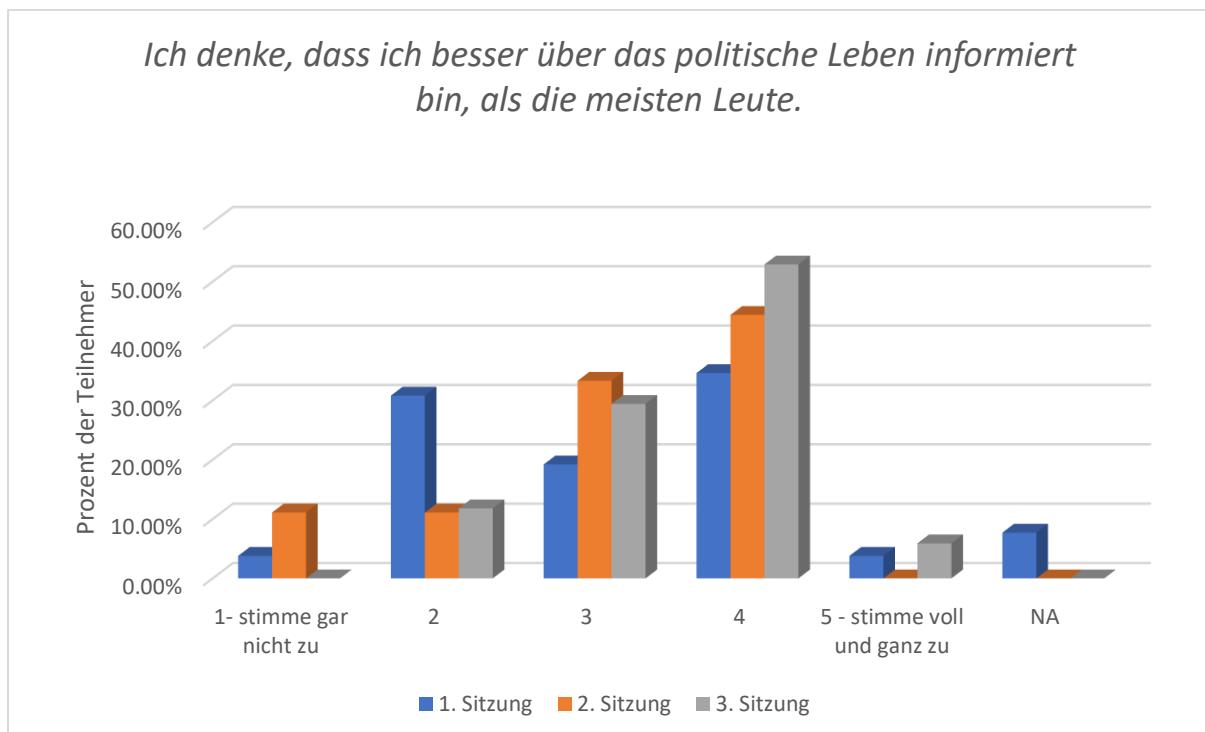
Die wichtigsten politischen Entscheidungen sollten vom Volk getroffen werden und nicht von Politikern. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
1. Sitzung	3.8	15.4	11.5	50	15.4	3.8
2. Sitzung	11.1	33.3	0	44.4	11.1	-
3. Sitzung	0	23.5	17.6	47.1	11.8	-

Ich finde, dass ich eine genausogute Arbeit machen würde, wie die Politiker die wir wählen. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
1. Sitzung	3.8	23.1	26.9	23.1	15.4	7.7
2. Sitzung	0	22.2	50	27.8	0	-
3. Sitzung	0	23.5	41.2	29.4	5.9	-

Zu Beginn der Bürgerversammlung verteilt sich das politische Interesse der Teilnehmer von 0 (absolut kein Interesse) bis 10 (sehr großes Interesse). Ein gutes Drittel der Teilnehmer (35%) gibt ihr Interesse mit 8 oder mehr an. Eine Telefonumfrage in den neun Gemeinden der DG im März/April 2020 zeigt ein ähnliches Bild: 33% der Befragten zeigten ein hohes Interesse in Politik (8+). Zum Zeitpunkt der dritten Sitzung geben 53% der Teilnehmer ein hohes Interesse in Politik (8+) an. Zugleich bewertet kein Teilnehmer sein Interesse mit weniger als 4. Schlussfolgernd stärkt die Bürgerversammlung das politische Interesse aller Teilnehmer.

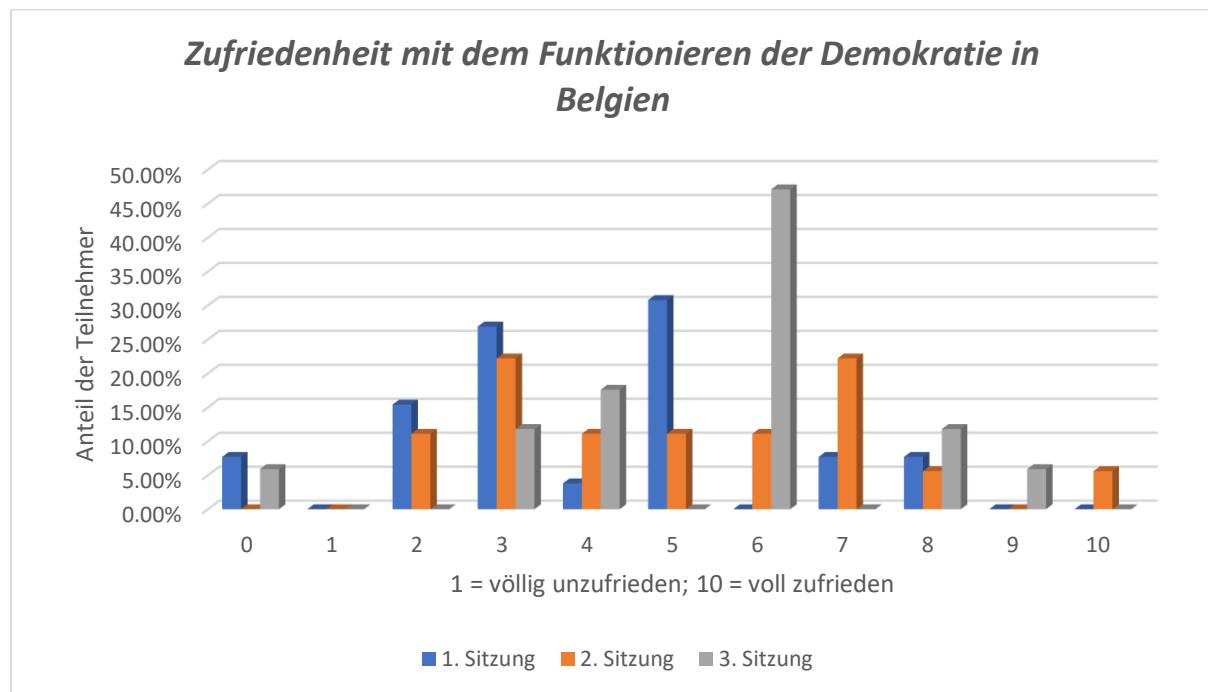
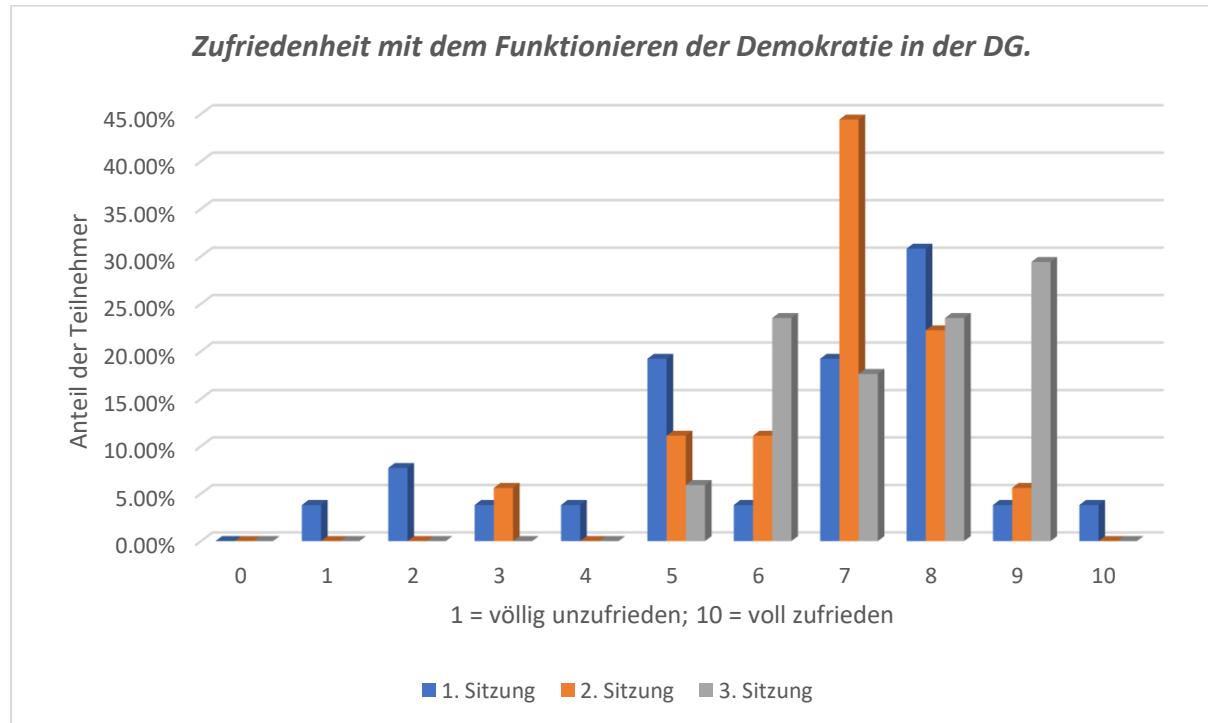


Einhergehend mit dem gestiegenen politischen Interesse steigt auch die Selbstsicherheit der Teilnehmer in Bezug auf ihr politisches Wissen. Zu Beginn der Bürgerversammlung denken 38% der Teilnehmer, dass sie besser über Politik informiert sind als andere Bürger, bis zur dritten Sitzung steigt dieser Wert auf 59%.



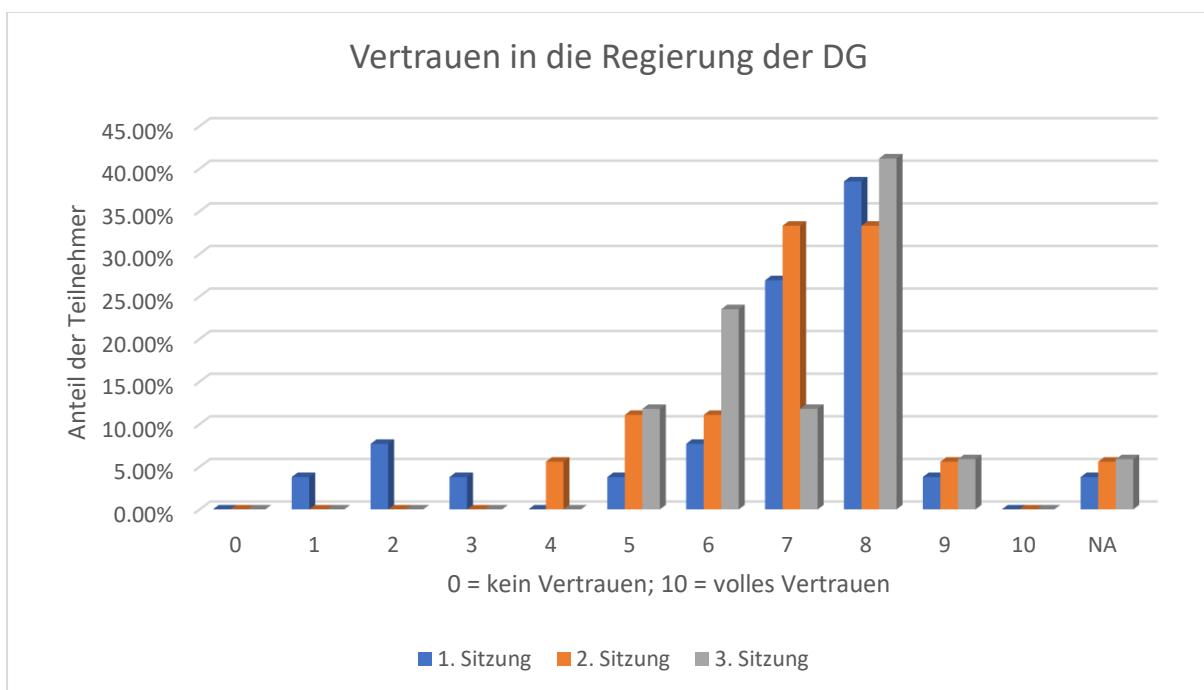
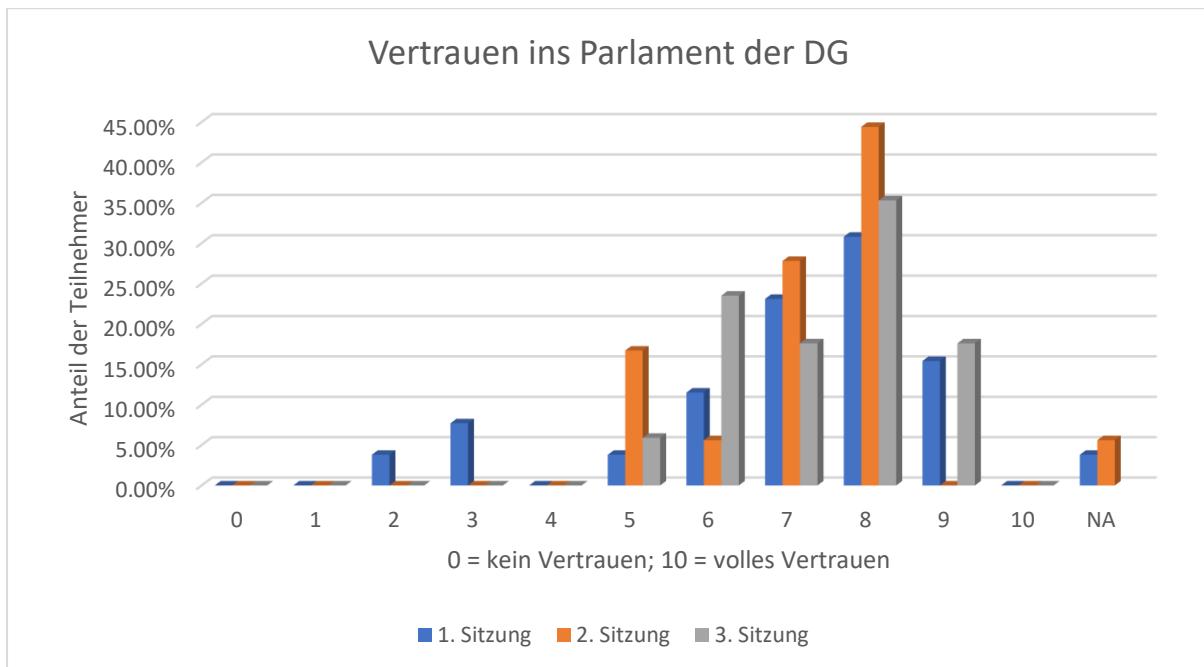
Beim Vertrauen in die Demokratie zeigt sich ein starker Unterschied zwischen dem Vertrauen in die Demokratie in der DG und dem Vertrauen in die Demokratie in Belgien insgesamt, jedoch verbessern sich beide Werte im Verlauf der Bürgerversammlung. Bei der ersten Sitzung bewerten 58% der Teilnehmer auf einer Skala von 0-10 ihr Vertrauen in die Demokratie der DG mit 7 oder mehr.

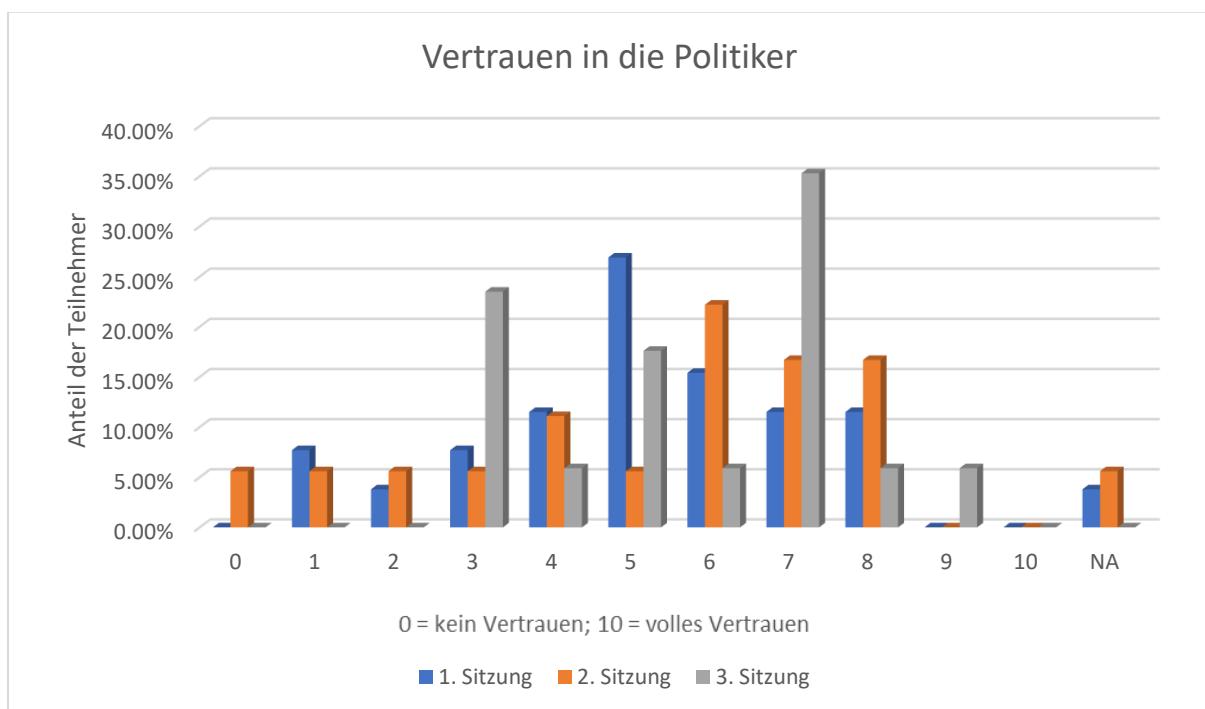
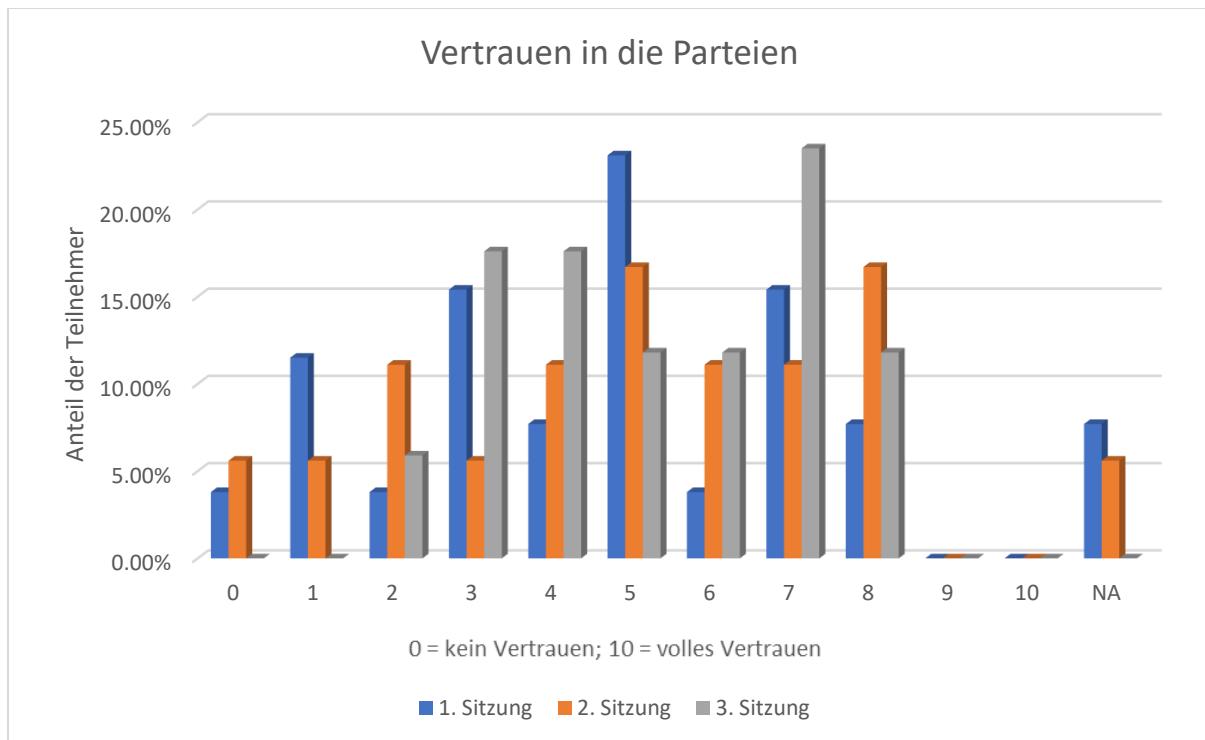
Allerdings vergeben 19% einen Wert von 4 oder niedriger. Bis zur dritten Sitzung steigt die Zahl der Teilnehmer, die die Demokratie in der DG mit 7+ bewerten, auf 70%, während kein Teilnehmer sein Vertrauen mit 4 oder weniger bewertet. Auf die Demokratie in Belgien insgesamt hingegen haben die Teilnehmer eine kritischere Sicht. Die Zahl der Teilnehmer, die ihr Vertrauen mit 7+ bewertet, steigt von Sitzung 1 bis 3 nur leicht von 15% auf 18%. Allerdings sinkt parallel die Zahl derer, die ihr Vertrauen in die Demokratie in Belgien mit 4 oder weniger bewerten von 54% auf 35%. Die Annahme, dass Mini-Publics das Vertrauen in die Demokratie stärken können bestätigt sich also.



In Bezug auf das Vertrauen in Institutionen gibt es verschiedene Resultate je nach Institution. Es zeigt sich keine Veränderung beim Vertrauen in die Polizei oder die Justiz. Das Parlament der DG genießt

von Beginn an mehrheitliches Vertrauen (7+ auf einer Skala von 0-10), allerdings bewerten bei der ersten Sitzung 12% der Teilnehmer ihr Vertrauen in das Parlament mit 4 oder weniger. Bei der Regierung der DG zeigt sich ein ähnliches Bild. Ab der zweiten Sitzung fällt die Bewertung nicht unter 5. Bei den Parteien steigt die Zahl der Teilnehmer, die ein hohes Vertrauen (7+) aussprechen, von 25% in der ersten Sitzung auf 35% in der dritten Sitzung. Parallel fällt die Zahl der Teilnehmer, die den Parteien misstrauen (2 oder weniger) von 21% auf 6%. Beim Vertrauen in Politiker steigt die Zahl der Teilnehmer mit hohem Vertrauen (7+) von 24% auf 47%, allerdings bewerten zu Beginn 12% der Teilnehmer ihr Vertrauen in Politiker mit weniger als 2. Bis zur dritten Sitzung ist die niedrigste Bewertung 3. Dies zeigt, dass Mini-Publics Bürger nicht automatisch dazu bewegt, Institutionen positiv zu bewerten, allerdings mildern Bürger ihre kritischen Ansichten.





Obwohl das Vertrauen in Institutionen steigt, zeigen sich die Teilnehmer bei machen Aspekten des politischen Prozesses desillusioniert. Zum Beispiel stimmt die Mehrheit der Teilnehmer bei allen drei Sitzungen weder zu noch dagegen, dass Politiker auf die Meinung von Bürgern achten. Allerdings stimmen zu Beginn der Bürgerversammlung 73% der Teilnehmer zu, dass Politiker auf die Meinung von Vereinigungen hören. Dies könnte eine negative Sicht auf Lobbyismus darstellen. Bis zur dritten Sitzung fällt dieser Wert auf 59%. Parallel denken 62% zu Beginn nicht, dass Durchschnittsbürger echten Einfluss auf die Politik haben. Bis zur dritten Sitzung fällt dieser Wert auf 53%. Von Anfang an

denkt die Mehrheit der Teilnehmer (62%), dass die politischen Gegensätze zwischen Politikern und Bürgern größer sind als die zwischen Bürgern selbst. Dieser Wert steigt bis Sitzung 3 auf 71%. Passend dazu steigt auch die Zahl der Teilnehmer, die denken, dass Politiker zu viel reden und zu wenig tun von 42% auf 65%.

Politiker hören und achten auf die Meinung der Bürger. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
4. Sitzung	7.7	15.4	42.3	26.9	3.8	3.8
5. Sitzung	11.1	33.3	38.9	11.1	5.6	-
6. Sitzung	0	29.4	52.9	17.6	0	-

Politiker hören und achten auf die Meinung von Vereinigungen (Lobbys, Gewerkschaften, etc.) (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
4. Sitzung	0	7.7	11.5	61.5	11.5	7.7
5. Sitzung	0	16.7	0	72.2	11.1	-
6. Sitzung	0	11.8	29.4	52.9	5.9	-

Die politischen Gegensätze zwischen Politikern und Bürgern sind größer als die zwischen Bürgern selbst. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
4. Sitzung	3.8	15.4	11.5	50	11.5	7.7
5. Sitzung	0	22.2	22.2	33.3	22.2	-
6. Sitzung	0	17.6	11.8	47.1	23.5	-

Politiker reden zu viel und tun zu wenig. (Anteil der Teilnehmer in Prozent)	1 (stimme gar nicht zu)	2	3	4	5 (stimme voll zu)	NA
4. Sitzung	0	19.2	30.8	30.8	11.5	7.7
5. Sitzung	5.6	16.7	22.2	44.4	11.1	-
6. Sitzung	0	17.6	17.6	52.9	11.8	-

5.2 EINFLUSS DER CORONAKRISE

Die Unterbrechung der Bürgerversammlung für ein halbes Jahr (März bis September 2020) und die direkte Relevanz der Corona-Krise für den Pflegesektor haben bei der Wiederaufnahme der Sitzungen eine Herausforderung dargestellt.

Zu Beginn der zweiten Sitzung gibt die Hälfte der Teilnehmer an, dass sich ihre Sicht auf das Thema „Pflege“ durch die Corona-Krise verändert hat. Das drückt sich in einem gewachsenen Respekt für den Pflegeberuf und seine Wichtigkeit aus.

89% der Teilnehmer sehen es als unproblematisch an, die Arbeit dort wieder aufzunehmen wo sie im März unterbrochen worden ist. 67% haben sich auf die Wiederaufnahme vorbereitet, indem sie Artikel

zum Thema „Pflege“ gelesen und gesammelt, den Bericht der ersten Sitzung gelesen, gezielt Dokumentationen zum Thema im Fernsehen gesehen, den Forderungen der Gewerkschaften Beachtung, und Gespräche mit Betroffenen gesucht haben.

6 WISSENSCHAFTLICHE BEOBLICHTUNG DER BÜRGERVERSAMMLUNG

Bei allen vier Sitzungen sind Wissenschaftler der UCLouvain zugegen. Der allgemeine Eindruck ist positiv. Die Atmosphäre in der Bürgerversammlung ist durchgehend positiv und die Organisation ist gut durchdacht. Wenn von den Teilnehmern Kritik an der Organisation aufkommt (z.B. in Bezug auf die Akustik während des Wandelgangs in der ersten Sitzung) wird dies von den PDG Mitarbeitern umgehend aufgenommen und so bald wie möglich behoben.

Die Mehrheit der Sitzungen findet im Parlament der DG in Eupen statt. Während der ersten Sitzung trifft sich die Bürgerversammlung im hellen und geräumigen Foyer im Erdgeschoss des Parlaments. Der Raum ist groß genug, um die 28 Teilnehmer in einem Stuhlkreis Platz nehmen zu lassen. Dies schafft umgehend eine gemeinschaftliche Atmosphäre. Bei den folgenden Sitzungen komplizieren die Coronabeschränkungen die Sitzordnung und es entsteht eine Art Klassenzimmerdynamik bei der der Blick der Teilnehmer auf den Moderator oder die angehörten Experten gerichtet ist und außerhalb der Arbeitsgruppen nur wenig Kommunikation zwischen den Bürgern stattfindet. Dies ist der Fall beim zweiten Treffen im Mozartsaal des Kulturzentrums in Bütgenbach als auch bei den folgenden Treffen die hauptsächlich im Plenarsaal des Parlaments stattfinden.

Wie zuvor beschrieben, sind die Teilnehmer zur Hälfte weiblich und männlich und Teilnehmer mittleren Alters stellen die größte Gruppe dar. Bei einem der Kennenlernspiele zu Beginn der ersten Sitzung stellen die Teilnehmer fest, dass die Mehrheit im Umkreis von 15km vom Parlament wohnt. Dieser Eindruck ist in den Daten der Fragebögen bestätigt (s.o). In der Gruppe gibt es einige starke Charaktere doch entwickeln diese keine unangemessene Dominanz im gesamten Verlauf der Treffen. Alle Teilnehmer zeigen sich engagiert und manche von ihnen betreiben recherchieren sogar eigenständig zum Thema. Bei allen Sitzungen melden sich alle Teilnehmer mindestens einmal zu Wort und in den Arbeitsgruppen am zweiten Tag bringen sich alle Teilnehmer gut ein.

Der Moderator spielt eine zentrale Rolle im Verlauf der Bürgerversammlung. Er ermöglicht ein fokussiertes und effizientes Arbeiten und stellt sicher, dass sich kein Teilnehmer in den Vordergrund drängen kann. Der Moderator hilft zudem die Punkte, die von Experten vorgebracht werden zu kondensieren und für die Bürgerversammlung zusammenzufassen. Die Teilnehmer der Bürgerversammlung fühlen sich sichtlich wohl unter der Leitung des Moderators, allerdings setzt seine sehr strukturierte Arbeitsweise der Kreativität der Bürger recht enge Grenzen. Dies wird bei der folgenden Beschreibung der Evolution der Empfehlungen der Bürger von Sitzung zu Sitzung deutlich.

1. Sitzung

Der Morgen der ersten Sitzung dient dem Kennenlernen der Teilnehmer untereinander und zu einem ersten Brainstorming zum Thema Pflege. Die Teilnehmer bringen eine Vielfalt an Erfahrungen mit dem Thema mit. Es gibt einen Krankenpflegestudenten, mehrere (ausschließlich weibliche) Teilnehmer, die Berufserfahrung als Pfleger haben, Eltern von Menschen in

Pflegeberufen, Teilnehmer, deren Eltern pflegebedürftig sind, und ältere Teilnehmer, die selbst Pflege erhalten oder davon ausgehen, dass sie bald brauchen werden. Eine Teilnehmerin zeigt sich insbesondere besorgt über die Arbeitsbedingungen für Pfleger(innen) aus Osteuropa.

Nach der Kennenlernrunde fordert der Moderator die Teilnehmer auf, Ihre Vision für die Pflege in 10 Jahren auf Pappkarten (die später an einem Flipchart angebracht werden). Die folgenden Schwerpunkte kristallisieren sich heraus:

- Praktische Pflegereformen
- Finanzierung und Bezahlbarkeit der Pflege
- Zuständigkeiten für die Pflege
- Anerkennung, dass Pflege zeitaufwändig ist
- Ausbildung und Training von Berufseinsteigern
- Beachtung der Menschenwürde

Im Gespräch über diese Punkte kommen auch die Themen häusliche Pflege/betreutes Wohnen, und psychologische Bedürfnisse der Gepflegten (insbesondere in Pflegeheimen) auf und im Allgemeineren die Frage, wie man „gut altern“ kann. Zudem diskutieren die Teilnehmer, ob die Pflege junger Menschen auch mit in die Überlegungen mit einbezogen werden sollten.

Der Nachmittag dient einer ersten Informationsrunde in Form eines Wandelganges (5 Stationen mit verschiedenen Präsentationen werden im Foyer aufgebaut und die Teilnehmer wandern in Kleingruppen von Station zu Station). Es gibt Einblicke in die politischen Zuständigkeiten, in die verschiedenen Ausbildungsberufe, und zu den existierenden Pflegeangeboten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Nach dem Wandelgang spricht der Minister für Gesundheit und Soziales, Antonios Antoniadis zur Bürgerversammlung und stellt sich dann zusammen mit den Präsentatoren des Wandelganges in einem Rundtischgespräch den Fragen der Bürgerversammlung.

Die Teilnehmer sind während des Wandelgangs sehr engagiert, bemängeln allerdings die laute Atmosphäre, die es schwierig macht, den Präsentationen im Detail zu folgen. In der Fragerunde kommen vor allem Fragen zu einer grenzübergreifenden Pflegeversicherung auf. Die Teilnehmer zeigen sich zudem beeindruckt von der Komplexität des Themas und finden, dass die Ausbildungsstruktur problematisch ist. Ein Teilnehmer fragt den Minister, welche Lösungen die Politik schon entwickelt hat. Der Minister weist dies zurück, „denn dies sei ja die Aufgabe der Bürgerversammlung“. Der Teilnehmer widerspricht und findet das der Bürgerversammlung alle Informationen bereit stehen sollten damit sie effizient arbeiten kann. Andere Teilnehmer stimmen zu. Der Tag endet mit einem Zusammentragen der ersten Impressionen der Teilnehmer (wieder niedergeschrieben auf Pappkarten) und dem Sammeln von Fragen an Praktiker in der Pflege, denn die Organisatoren haben die Anhörung derselben für die nächste Sitzung anberaumt. Die Fragen fokussieren sich auf die Arbeitsbedingungen und die Probleme, die die Pfleger sehen.

2. Sitzung

Die zweite Sitzung beginnt mit einer Reflektion zur Frage: „Mit dem Thema Corona verbinde ich...“. Wie schon in der ersten Sitzung schreiben die Teilnehmer ihre Gedanken auf Pappkarten, die dann zusammengetragen und aufgehängt werden. Der Moderator hebt ein paar wenige Beiträge

hervor, aber geht dann schon zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Es findet kein Dialog zwischen den Teilnehmern statt.

Der Moderator bietet dann eine Rückschau auf die erste Sitzung und nimmt die Fragen, die am Ende der Sitzung gesammelt wurden als Ausgangspunkt für die heutige Sitzung. Er stellt zudem fest, dass der 19. September definitiv die letzte Sitzung sein wird und es dementsprechend einen gewissen Druck gibt, Ergebnisse zu erzielen. Er fordert die Teilnehmer auf, Anmerkungen zum Verlauf bisher und weiteren Fragen zu machen.

Ein Teilnehmer, der selbst Rentner ist, fragt, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, Menschen besser auf die Pensionierung vorzubereiten. Andere Teilnehmer zeigen sich besorgt über den Stress, den Pfleger im Berufsalltag erfahren. Ein Teilnehmer wundert sich, warum es innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterschiedliche Gehaltsstrukturen für dieselbe Arbeit gibt. Einer der bereits anwesenden Experten bietet an, diese Frage zu beantworten, doch der Moderator verneint dies. Die Bezahlbarkeit und Finanzierung der Pflege wird auch wieder thematisiert und die Teilnehmer merken an, dass heute kein Experte zur häuslichen Pflege/betreutem Wohnen anwesend ist. Während des gesamten Gesprächs besteht die Dynamik darin, dass einzelne Teilnehmer ihre Fragen oder Anmerkungen an den Moderator richten und er darauf reagiert. Manchmal beziehen sich die Teilnehmer in ihren Fragen aufeinander, aber immer mit einem Fokus auf den Moderator. Es findet sehr wenig Interaktion zwischen den Teilnehmern statt.

Nach der Anhörung von Experten zur Heim- und Krankenhauspflege stellen sich die Experten den Fragen der Teilnehmer. Eine Teilnehmerin fragt nach der Einbeziehung der Angehörigen in die Abläufe in Pflegeheimen, worauf der Experte auf das Ehrenamt verweist. Ein anderer Teilnehmer fragt, ob es nicht möglich wäre, eine Versicherung einzuführen, die man nutzen könnte, um sich einen Platz in einem Pflegeheim seiner Wahl zu sichern. Der Experte weist dies als für die kleine DG nicht machbar zurück. Die Teilnehmer fragen auch, ob das Ehrenamt in die häusliche Pflege erweitert werden könnte, doch die Experten beurteilen dies als sehr schwierig. Es entsteht wieder eine Dynamik in dem individuellen Teilnehmer mit den Experten interagieren, aber nicht die Teilnehmer miteinander. In manchen Momenten übernimmt der Moderator den Dialog mit den Experten und die Teilnehmer sind lediglich Zuhörer. Der Moderator macht fortwährend Notizen auf einem Flip-Chart, allerdings mit einem Schwerpunkt auf die von den Experten hervorgebrachten Punkte. Einwürfe von den Teilnehmern werden von ihm aktiv gefiltert und nicht immer notiert (z.B. Wichtigkeit der Menschenwürde oder dass höheres Gehalt gleichbedeutend mit besserer Anerkennung der Pflegeberufe ist).

Am Nachmittag gibt es wieder einen Wandelgang mit Präsentationen von aktiven Pflegern im Krankenhaus, in Pflegeheimen und in der mobilen Pflege und Informationen zur Krankenpfleger- und Pflegehelferausbildung. Es gibt auch einen Lesestand zur häuslichen Pflege, dieser wird jedoch von den Kleingruppen zum Gespräch über das Erfahrene genutzt. Dieser Stand ist der einzige Moment seit Beginn der Bürgerversammlung, in dem die Teilnehmer eine Chance zum Austausch miteinander haben. Der Wandelgang endet wieder mit einem Rundtischgespräch und wieder ist die Dynamik einem Klassenraum sehr ähnlich.

Der Tag endet mit der Vorbereitung der nächsten Sitzung. Der Moderator fragt, ob die Teilnehmer genug Informationen gesammelt haben und der allgemeine Eindruck ist, dass es ausreichende Informationen gab. Allerdings bemerken manche Teilnehmer, dass es noch Seiten gibt, die nicht angehört wurden. Z.B. Gepflegte oder die Institutionen, die für die Finanzierung zuständig sind (z.B. Krankenkassen). Der Moderator zeigt sich allerdings nicht bereit, auf diese Anmerkungen einzugehen und sagt, dass „man nicht noch ein neues Fass aufmachen kann“. Stattdessen stellt er nun seine „Road-Map“ für das weitere Vorgehen vor und schlägt vor, eine Redaktionsgruppe zu formen, die während der kommenden Woche einen ersten Versuch die erhaltenen Informationen in Empfehlungen umzusetzen unternehmen soll. Es melden sich neun Freiwillige. Der Moderator schlägt auch vor, das „Endprodukt“ der Bürgerversammlung nochmals von den Experten begutachten zu lassen, bevor es dem Parlament übergeben wird. Die Bürgerversammlung stimmt zu.

Die zweite Sitzung endet ohne, dass sich die direkt miteinander Teilnehmer über das Gehörte austauschen konnten oder zusammen Prioritäten für die Empfehlungen zu setzen.

2.1. Redaktionsgruppe

Die Redaktionsgruppe kommt am Mittwoch (09.09.) ohne den Moderator zusammen. Myriam Pelzer ist auch anwesend und übernimmt während des Treffens die Rolle des Moderators. Von den ursprünglich neun freiwilligen sind sieben anwesend. Einer der Teilnehmer hat eine Zusammenfassung der (aus seiner Sicht) wichtigsten Punkte vorbereitet und präsentiert sie in einem etwa halbstündigen Vortrag dem Rest der Gruppe vor. Nach dem Vortrag herrscht unter den Mitgliedern der Gruppe etwas Unklarheit, was genau der Moderator von ihnen erwartet und was sie für die Sitzung am Samstag vorbereiten sollen. Frau Pelzer weist die Gruppe auf die vom Moderator gesetzten Ziele hin. Schließlich einigt sich die Gruppe darauf, gemeinsam die wichtigsten Bereiche für Empfehlungen festzusetzen und dann in Zweiergruppen Vorschläge für diese Bereiche zu erarbeiten. Die Bereiche sind:

- I. Ausbildung
- II. Ehrenamt
- III. IT-Lösungen
- IV. Übergreifende Empfehlungen

Das Treffen wird nicht protokolliert, allerdings werden die Zweiergruppen jeweils eine Übersicht zu ihrem Themenbereich erstellen.

3. Sitzung

Die dritte Sitzung ist der Ausarbeitung der Empfehlungen gewidmet. Bevor die Redaktionsgruppe ihre Themenbereiche und Vorschläge präsentiert, macht der Moderator klar, dass „heute kein Tag für neue Ideen“ ist. Die von der Redaktionsgruppe definierten Themenbereiche werden daher als gegeben akzeptiert und nicht weiter diskutiert.

Die Redaktionsgruppe hat Handouts vorbereitet, die mehr oder weniger detailliert sind. Die Handouts stellen die Basis für die Präsentation der Themenbereiche durch die Zweiergruppen, die sie erarbeitet haben. Die Autoren des zweiten Bereichs haben mittlerweile den Begriff „Ehrenamt“ fallen gelassen und konzentrieren sich voll und ganz auf das Mitspracherecht der Angehörigen und

die Qualitätskontrolle in Pflegeheimen. Es gibt Anmerkungen von den anderen Teilnehmern, doch die nun festgelegten Prioritäten werden nicht in Frage gestellt.

Die Teilnehmer werden nun aufgefordert, in Kleingruppen zu arbeiten. Sie können sich ihre Gruppe selbst aussuchen. Der Moderator gibt für diesen Teil eine „Kapitelgliederung“ vor. Die Teilnehmer sollen der folgenden Struktur folgen:

- I. Diagnose/Befund
- II. Was wollen wir konkret verbessern
- III. Empfehlungen...

Die Arbeitsgruppen halten ihre Gedankengänge auf Flip-charts fest. Die Tatsache, dass sich die Teilnehmer ihre Gruppen selber aussuchen, trägt zur harmonischen Atmosphäre in den Kleingruppen bei, allerdings bleibt so auch wieder wenig Potenzial für kontroverse Diskussionen.

Am Nachmittag präsentieren die Gruppen ihre Ergebnisse den anderen Teilnehmern. Für die Gruppen Ehrenamt, Ausbildung, und IT übernehmen wieder dieselben Teilnehmer wie zuvor die Präsentation. Nur bei den übergreifenden Empfehlungen präsentiert ein Teilnehmer, der nicht Mitglied der Redaktionsgruppe war. Die Frage nach der häuslichen Pflege kommt wieder auf und die Teilnehmer bemerken, dass dieser Aspekt in keinen der Bereiche passt. Der Moderator bittet die Teilnehmer jedoch, die „Diskussionen im Zaum zu halten“ und sich auf „das redaktionell machbare“ zu konzentrieren. Im weiteren Verlauf ist der Moderator dann auch sehr auf die Form und Struktur der vorliegenden Empfehlungen fokussiert und viele Änderungsvorschläge kommen direkt von ihm.

Am Ende des Tages wird beschlossen, dass ein Teilnehmer von jeder Arbeitsgruppe die Empfehlungen ausformuliert. Die Autoren sind diejenigen, die auch die Präsentationen übernommen haben.

4. Sitzung

Die vierte Sitzung dient der abschließenden Redaktion der Empfehlungen. Diese wurde vorab zwei Experten geschickt, die nun ihr Feedback zu den Empfehlungen geben. Sie zeigen sich beeindruckt, stimmen den Empfehlungen insgesamt zu und machen hauptsächlich Formulierungsvorschläge. Im Bereich Ausbildung merken sie jedoch an, dass die Umsetzung der Empfehlungen schwierig sein könnte. Doch der Verfasser der Empfehlungen plädiert stark für die Empfehlungen und sie bleiben unverändert.

Die Frage nach jungen Menschen mit Pflegebedürfnissen kommt wieder auf. Die Experten sympathisieren mit dem Gedanken, machen aber auch klar, dass der Bedarf für spezielle Angebote für junge Pflegebedürftige zu klein ist, um die Kosten derselben zu rechtfertigen. Der Moderator schlägt vor, diesen Gedanken auszulassen, doch einige Teilnehmer sprechen sich dagegen aus. Der Moderator schlägt dann vor, eine Bedarfsanalyse für solche Fälle in Teil vier der Empfehlungen aufzunehmen. Dies wird von den Teilnehmern angenommen.

Die finalen Empfehlungen sind in die folgenden Teilbereiche aufgeteilt:

- I. Ausbildung zum Pflegehelfer und zum Gesundheits- und Krankenpfleger
- II. Selbstbestimmung, Mitspracherecht und Lebensqualität in den WPZS

- III. Einheitliche IT-Lösungen für den Pflegebereich
- IV. Übergreifende Maßnahmen

Zusammenfassung der Beobachtungen

Die erste Bürgerversammlung des permanenten Bürgerdialogs kann als Erfolg bezeichnet werden. Trotz der durch Corona erschwerten Bedingungen sind die Teilnehmer in einer positiven und produktiven Atmosphäre zusammengekommen. Die Empfehlungen sind klar gegliedert und durchdacht. Die gute Erfahrung spiegelt sich auch in der großen Bereitschaft der Teilnehmer wieder, sich im Bürgerrat weiter zu engagieren.

Die Beschreibung der Sitzungen mit einem Fokus auf hervorgebrachte Gedankengänge zeigt, dass die Ideen der ersten Sitzung nur in geringem Maße in den finalen Empfehlungen widergespiegelt sind. Zum Beispiel werden die Bezahlbarkeit von Pflege und die häusliche Pflege wiederholt thematisiert, doch da der Moderator sich ab der zweiten Sitzung auf die anwesenden Experten und bereitgestellten Informationen konzentriert, wird dieser Aspekt nicht weiterentwickelt. Kreative Ideen, wie die Frage nach gutem Altern, gehen in dem von Moderator definierten Format unter.

Die Einsetzung der Redaktionsgruppe an sich ist eine gute Idee und trägt zum effizienten Ablauf der Bürgerversammlung bei. Allerdings positioniert sie die Mitglieder dieser Gruppe in einer Führungsrolle, die so eigentlich nicht vorgesehen ist. Das Filtern der vielen Informationen in Prioritäten hätte idealerweise gemeinschaftlich stattfinden sollen. Alternativ hätte die Bürgerversammlung die Auswahl der Redaktionsgruppe diskutieren und gegebenenfalls abändern sollen, bevor sie sich mit dem Ausformulieren konkreter Empfehlungen befasste. Dies ist nicht möglich gewesen, weil der Moderator zum einen die Bürgerversammlung sehr ergebnisorientiert und sehr zeitbewusst leitete und zum anderen sehr auf die Beiträge der Experten fokussiert war. Hinzu kommt, dass die Coronabeschränkungen den informellen Austausch zwischen den Teilnehmern, z.B. während des Mittagessens, stark limitierten.

Gemeinsame Sitzungen mit den Ausschüssen des Parlaments

Das Engagement der Bürgerversammlung mit den Ausschüssen des Parlaments ist Teil des Bürgerdialogs und es sind drei gemeinsame, öffentliche Sitzungen vorgesehen:

- I. Präsentation der Empfehlungen der Bürgerversammlung (durch die Teilnehmer)
- II. Erste Reaktion der Ausschüsse und Präsentation möglicher Vorgehensweisen
- III. Präsentation der Ergebnisse (durch die Ausschüsse)

Zum Zeitpunkt dieses Berichts haben die ersten zwei Sitzungen stattgefunden und sind von unserem Team beobachtet worden.

Die erste gemeinsame Sitzung verläuft sehr positiv. Die Bürgerversammlungsteilnehmer, die auch die Autoren der Empfehlungen sind, präsentieren diese den Parlamentariern, die diese und den Bürgerdialogprozess insgesamt positiv aufnehmen. Die Bürgerversammlungsteilnehmer sprechen mit beeindruckender Selbstsicherheit und fühlen sich in ihrer Rolle sichtlich wohl. Dies kann daran liegen, dass sie sehr vertraut sind mit dem Material, das sie präsentieren und mit dem Plenarsaal an sich.

Die zweite gemeinsame Sitzung verläuft schleppender. Zum einen sind einige der Erwiderungen der Ausschüsse auf die Empfehlungen sehr technisch und für den Laien schwer zu verfolgen. Zum anderen hatten die Bürgerversammlungsteilnehmer wenig Zeit, sich mit den Antworten der Ausschüsse zu befassen und können auf Nachfragen nur bedingt reagieren. Der Themenbereich vier (übergreifende Maßnahmen) bleibt sogar ganz seitens der Bürgerversammlung unkommentiert da die Verfasser der Empfehlungen nicht anwesend sind. Vielleicht trägt der Mangel an Debatten während der Bürgerversammlung auch zu diesem Problem bei, da die Empfehlungsbereiche effektiv von einer Untergruppe der Bürgerversammlung unter einem Zeitdruck definiert wurden. Nach der formellen Präsentation der Reaktion der Ausschüsse, macht eine Bürgerversammlungsteilnehmerin eine Intervention und erwähnt das Thema osteuropäischer Pflegekräfte wieder.

7 EMPFEHLUNGEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die erste Bürgerversammlung stellt einen positiven Start für den Permanenten Bürgerdialog dar. Die Teilnehmer der Bürgerversammlung haben sich in dem Prozess wohlgefühlt, was sich nicht nur in ihren Bewertungen der verschiedenen Aspekte zeigt, sondern auch darin, dass die Mehrheit der Teilnehmer (16) bereit gewesen ist, sich weiter im Bürgerrat zu engagieren. Trotz der durch Corona erschwerten Bedingungen ist die Organisation auch durchweg positiv wahrgenommen worden.

Aus akademischer Sicht, können Mini-Publics nach drei Aspekten beurteilt werden: Input, Throughput, und Output. Vereinfacht ausgedrückt beziehen sich diese drei Elemente auf die Zeit vor einer Bürgerversammlung (z.B. die Rekrutierung), den Ablauf der Versammlung, und das Ergebnis der Mini-Public.

Input

Die Qualität des Inputs wird vornehmlich an zwei Dingen festgemacht: eine sozio-demographisch diverse Zusammensetzung der Bürgergruppe, und inwiefern den Teilnehmern ein offenes Vorbringen von Meinungen und Ideen möglich ist.

Diversifizierte Zusammensetzung der Bürgergruppe

Das Ideal einer Mini-Public ist es, die Gesellschaft sozio-demographisch so gut abzubilden, wie es die Anzahl Teilnehmer hergibt. Die Altersstruktur ist zu Beginn der ersten Bürgerversammlung gut, doch es scheiden vornehmlich junge Teilnehmer nach der Corona bedingten Pause aus. Des Weiteren ist der Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft überrepräsentiert. Dies wurde auch von den Teilnehmern selbst wahrgenommen. Dies ist nicht nur problematisch in Bezug auf die Repräsentativität an sich, sondern auch in Bezug auf den unterschiedlichen Charakter der zwei Regionen der DG. Natürlich hängt die Komposition der Bürgerversammlung von dem verfügbaren Pool von Bürgern, die sich zur Teilnahme bereitgestellt haben, ab und manchmal kann das Ideal nicht erreicht werden. In der ersten Bürgerversammlung scheinen vornehmlich Teilnehmer, die zu den unterrepräsentierten Gruppen (Alter unter 34, Wohnort im Süden der DG) nach der Pause ausgeschieden zu sein. Es wäre hilfreich, die Gründe für das Ausscheiden zu erfassen und, falls diese mit der Organisation zusammenhängen, in die Planung künftiger Bürgerversammlungen mit einzubeziehen.

Offenes Vorbringen von Meinungen und Ideen

Das Thema der Bürgerversammlung wurde vom Bürgerrat gestellt. Der Bürgerrat war zudem in die Auswahl der angehörten Experten involviert. Das heißt, es gab keinen direkten politischen Einfluss auf den Verlauf der Bürgerversammlung. Die Bürger konnten ihre Ideen offen und frei äußern. Allerdings gingen einige Ansätze im Verlauf der Bürgerversammlung verloren. Das lag zum Teil an der Coronapause und dem daraus resultierenden Zeitdruck, Empfehlungen vor der Regierungserklärung fertigzustellen, aber auch an dem im Detail beschriebenen Leitungsstil des Moderators. Während der Moderator während den Versammlungen eine sehr leitende Rolle einnahm, sollte man gemeinsam darauf hinarbeiten, zukünftig eine vermittelnde Rolle in den Vordergrund zu stellen. Das setzt voraus, dass in der Organisation der Sitzungen genug Raum geschaffen wird, in dem sich die Teilnehmer miteinander austauschen können, um unterschiedliche Meinungen, Ansichten und Prioritäten zu sammeln, zu diskutieren, und dann Empfehlungen im Konsens zu erarbeiten. In diesem Raum muss es den Teilnehmern auch erlaubt sein, kreativ zu sein und unkonventionelle Ideen zumindest zu erforschen. Dies beinhaltet auch, dass der Bürgerversammlung der Freiraum gegeben werden sollte neben den Experten, die der Bürgerrat einlädt auch selbst Einladungen auszusprechen. Dem kreativen Prozess sollte dann ein gemeinschaftlicher Filterprozess stattfinden, um die Prioritäten für die Empfehlungen zu setzen. Danach ist das Arbeiten in Kleingruppen zur genauen Formulierung der Empfehlungen durchaus angebracht.

Throughput

Der Throughput einer Mini-Public beinhaltet die kontextuelle Unabhängigkeit, das Einbinden aller Teilnehmer und die konsensorientierte Entscheidungsfindung.

Kontextuelle Unabhängigkeit

Die Führung durch den Moderator war einerseits sehr gut, denn die Bürgerversammlung arbeitete ergebnisorientiert und innerhalb des Zeitplans und die Teilnehmer fühlten sich sichtlich wohl. Allerdings beschränkte sein Führungsstil, wie bereits angedeutet, die Kreativität, mit der die Teilnehmer das Thema angehen konnten. Die Bandbreite der möglichen Empfehlungsbereiche wurde zudem durch die Auswahl der Experten eingeschränkt. Effektiv wurden drei Expertengruppen angehört: Ausbilder von Pflegern, Menschen die aktiv im Pflegeberuf sind, und Manager von Pflegebetrieben. Alle diese Gruppen engagieren sich bereits durch z.B. Berufsverbände mit dem politischen Prozess. Das heißt, dass sie bereits einen gewissen Einfluss haben und diesen durch die Teilnahme am Bürgerdialog noch erweitern können, wenn man ihnen zu viel Platz einräumt. Dies ist der Fall, wenn der Moderator einen starken Fokus auf Expertenmeinungen legt und diesen viel Raum gibt (z.B. indem er sie notiert während Teilnehmereinwürfe nicht notiert werden). Dies begrenzt die Kreativität der Bürgerversammlung, denn nur durch Experten „verifizierte“ Ideen werden vorangebracht.¹

¹ Dieser Kritikpunkt wird später auch im Bürgerrat vorgebracht. Der Moderator war eingeladen, um die Sitzung zur Eingrenzung des Themas für die zweite Bürgerversammlung zu leiten. Im Nachgang fanden die Bürgerratsmitglieder, dass der Moderator sie thematisch eingrenzte und nicht alle Punkte der Bürger gleichermaßen aufnahm.

Einbinden aller Teilnehmer

Eine Stärke des Moderators war, dass er niemandem erlaubte, sich in den Vordergrund zu drängen. Alle Teilnehmer brachten sich in den Verlauf ein, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Der Moderator versuchte nur selten, die stilleren Teilnehmer aktiver miteinzubeziehen. Durch das Einsetzen der Redaktionsgruppe wurden zudem einige Teilnehmer in eine Führungsposition gesetzt. Dies hätte vermieden werden können, indem der Redaktionsgruppe von der Bürgerversammlung klare Parameter zur Lösung ihrer Aufgabe gesetzt würden oder wenn die Prioritäten, die die Redaktionsgruppe erarbeitete, später durch die gesamte Bürgerversammlung gründlich diskutiert worden wären.

Konsensorientierte Entscheidungsfindung

Trotz der vorgenannten Schwierigkeiten, die zum Teil dem Coronakontext und zum Teil dem Moderationsstil geschuldet sind, sind die Teilnehmer gemeinschaftlich zu ihren Entscheidungen gekommen und die Empfehlungen stellen in diesem Sinne einen Konsensus dar. Allerdings sind die Empfehlungen nicht das Endprodukt einer gründlichen Einschätzung aller hervorgebrachten Ideen und stellen daher nicht das volle Potenzial der Bürgerversammlung dar. In Zukunft sollte die Moderation auf alle Teilnehmerbeiträge eingehen und im nächsten Schritte den Teilnehmern helfen die durch Experten bereitgestellten Einblicke und Informationen zu nutzen, um gemeinsam die Ideen zu bewerten und dann entweder weiterzuentwickeln oder fallen zu lassen.

Output

Für die Bewertung des Outputs sind die Beantwortung der Fragestellung, das Einbinden der Öffentlichkeit, und das politische Aufgreifen der Resultate.

Beantwortung der Fragestellung

Die Fragestellung für die Bürgerversammlung war „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“. Dies stellt eine sehr weit gefasste Aufgabe für eine Bürgerversammlung mit einem begrenzten Arbeitszeitraum dar. Die Bandbreite des Themas ist auch den Teilnehmern am Ende der ersten Sitzung bewusst. Allerdings unternehmen sie keine Schritte, um das Thema strategisch einzugrenzen. Diese Situation kann vermieden werden, indem entweder der Bürgerrat aufgefordert wird, die Themen zukünftiger Bürgerversammlungen schon vorab einzugrenzen oder indem die Eingrenzung Teil der ersten Sitzung einer Bürgerversammlung wird. Im Fall dieser Bürgerversammlung fand die Eingrenzung (unbeabsichtigt) durch die Coronabeschränkungen statt. Die Regulierungen machen es z.B. unmöglich ein Wohn- und Pflegezentrum zu besuchen oder Gepflegte einzuladen. Die Bürgerversammlung musste daher ihre Empfehlungen auf Basis der Informationen und Interaktionen erarbeiten, die möglich waren. Sie beantworten die gestellte Frage klar, aber mit einem Schwerpunkt auf organisatorische Aspekte aus der Praxis. Da Gepflegte/Betroffene nicht angehört werden konnten, gibt es keine Empfehlung, die sich direkt auf sie beziehen. Allerdings haben alle Empfehlungen zumindest indirekt auch positive Effekte für die Betroffenen. Künftige Bürgerversammlungen finden hoffentlich mit weniger Beschränkungen statt, sodass es möglich ist, eine weitere Bandbreite an Menschen zu einem gegebenen Thema anhören. Eine durch den Moderator geleitete Analyse der Frage und Identifikation der involvierten Stakeholder könnte dabei auch hilfreich sein.

Einbinden der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit war in die Themenfindung eingebunden und der Bürgerdialog hat reges Medieninteresse angezogen. Bei der zweiten Sitzung war eine Journalistin des Spiegels präsent und die erste und letzte Sitzung beinhalteten Pressegespräche und der Bürgerdialog ist zudem auf Facebook präsent. Auch der lokale Fernsehsender BRF war bei der ersten und bei der letzten Sitzung zugegen und hat kurze Beiträge von Teilnehmern aufgenommen. In der weit verbreiteten Tageszeitung GrenzEcho gibt es eine konstante Berichterstattung, allerdings besteht diese fast ausschließlich in Form von kurzen Reporten und selten in der Form von Kommentaren oder Hintergrundberichten. Die Webseite des Bürgerdialogs ist informativ und der interessierte Leser findet dort alle relevanten Informationen (z.B. Erklärungen zum Prozess oder Ergebnisprotokolle). Ob all diese Informationsflüsse auch tatsächlich von der Gesamtbevölkerung bewusst wahrgenommen werden, wird sich zeigen. Es ist zudem wichtig, den Vorgang der Bürgerversammlung und die resultierenden Empfehlungen der Öffentlichkeit nicht nur zu präsentieren, sondern diese auch zu begründen. Ziel ist es, denjenigen, die nicht teilnehmen konnten, die Möglichkeit zu geben, die Arbeit der Bürgerversammlung und deren Argumente nachzuvollziehen. Dies könnte zum Beispiel durch Videos, die die Erfahrungen der Teilnehmer widerspiegeln und die Empfehlungen im Detail erklären, erreicht werden.

Politisches Aufgreifen der Resultate

Das Einzigartige an dem Bürgerdialog ist, dass das Engagement mit der Politik Teil des formellen Prozesses ist und es gemeinsame öffentliche Sitzungen mit den Ausschüssen des Parlaments gibt. Die Politik kann also der Auseinandersetzung mit den Empfehlungen nicht aus dem Weg gehen und muss die vorgebrachten Themen aufgreifen. Allerdings ist die Umsetzung der Empfehlungen nicht verpflichtend. Die parlamentarischen Ausschüsse können auch Abänderungen vornehmen oder Ideen ganz ablehnen, allerdings müssen diese Schritte begründet werden. Das Dekret, dass den Bürgerdialog definiert, sieht mindestens drei gemeinsame Sitzungen vor: die Präsentation der Empfehlungen durch Teilnehmer der Bürgerversammlung, eine erste Einschätzung der betroffenen Ausschüsse (und Chance der Teilnehmer zur Reaktion), und schließlich die Präsentation der Umsetzung bzw. Rechtfertigungen für Abänderungen oder gar Ablehnung der Empfehlungen (spätestens ein Jahr nach dem zweiten Treffen).

Die erste gemeinsame Sitzung zeigte positives Engagement der Politiker mit den Vorschlägen der Bürgerversammlung und allgemeine Anerkennung, dass diese unter schweren Bedingungen zustande kamen. Allerdings hat diese erste Sitzung mehrheitlich symbolischen Charakter und noch keinerlei politische Konsequenzen. Die zweite Sitzung zeigte Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Politik, sich mit den Empfehlungen zu engagieren auf. Die Ausschüsse analysierten den Status quo und kamen teilweise zu dem Schluss, dass die Vorschläge der Bürgerversammlung bereits Teil bestehender Gesetzgebung sind und es entweder keinen Handlungsbedarf gibt oder lediglich die Umsetzung der Gesetze besser überwacht werden muss. Dies ist aus Sicht der Ausschüsse der Fall bei Vorschlägen, die sich auf die Qualitätskontrolle und Beschwerdemanagement in Wohn- und Pflegezentren beziehen und bei der Empfehlung zu mehr Transparenz von Patientendaten. Im Themenbereich Ausbildung zweifelt der zuständige Ausschuss daran, ob die Vorschläge der Bürgerversammlung zielführend sind und raten mehr Konsultationen mit den betroffenen Institutionen an. Im Allgemeinen werden nur Empfehlungen zu Themenbereichen, in denen die Regierung bereits aktiv ist, uneingeschränkt positiv aufgenommen. Dies ist der Fall bei den Empfehlungen zu Digitalisierung der Pflege und bei Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Teilnehmer der Bürgerversammlung, die

bei der Präsentation durch die Ausschüsse anwesend sind, haben Schwierigkeiten, sich in kurzer Zeit mit den sehr technischen Analysen der Ausschüsse auseinander zu setzen. Allerdings kann der Bürgerrat es zu seiner Aufgabe machen, den weiteren Verlauf der Empfehlungen zu verfolgen sich weiter mit den Ausschüssen zu engagieren. Es wird wichtig sein, in einem Jahr die Umsetzung der Empfehlungen transparent mit der Bürgerversammlung zu diskutieren. Zudem sollte man bei künftigen Bürgerversammlungen versuchen, den Bürger die Reaktion der Ausschüsse vor dem zweiten Treffen zeitig zukommen zu lassen, damit diese sich damit auseinandersetzen können. Das sollte dazu beitragen, dass es auch in der zweiten gemeinsamen Ausschusssitzung zu einer wirklichen Diskussion kommt.

8 LITERATURVERZEICHNIS

- Dalton, RJ. (2008). Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. *Political Studies* 56 (1), 76–98.
- Elstub, Stephen/Escobar, Oliver (Hg.) (2019). *Handbook of democratic innovation and governance*. Cheltenham, UK, Edward Elgar Publishing.
- Harris, C. (2019). Mini-publics: design choices and legitimacy. In: Stephen Elstub/Oliver Escobar (Hg.). *Handbook of democratic innovation and governance*. Cheltenham, UK, Edward Elgar Publishing.
- Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.) (2019). Ostbelgien in Zahlen. Online verfügbar unter http://www.ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/studien_und_analyse/n/publikationen/Ostbelgien_Statistik_2019_DE.PDF (abgerufen am 11.01.2021).
- Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2021). Bürgerdialog in Ostbelgien. Online verfügbar unter <https://www.buergerdialog.be/> (abgerufen am 12.01.2021).
- Reuchamps, Min/Niessen, Christoph (2019). Der permanente Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. *Courrier hebdomadaire / Centre de Recherche et d'Information Socio-Politiques* 21 (no2426-DE), 5–40.